



An den Grossen Rat

16.1597.03

FD / P161597

Basel, 25. April 2018

Regierungsratsbeschluss vom 10. April 2018

Kantonale Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»

Bericht und Antrag für eine Verlängerung der Abstimmungsfrist sowie eine nochmalige Verlängerung der Frist für die Berichterstattung des Regierungsrats an den Grossen Rat

1. Ausgangslage

Die mit 3'140 gültigen Unterschriften zustande gekommene kantonale Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel» wurde mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum (IRG) vom 16. Januar 1991 reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberchtigten folgende Initiative ein:

Initiativtext: § 36 des Gesetzes über die direkten Steuern (SG 640.100) wird wie folgt geändert:

¹ Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird nach folgendem Tarif (Tarif A) berechnet:

Von CHF 100 bis CHF 200'000: CHF 22.25 je CHF 100.

~~Über CHF 200'000: CHF 26 je CHF 100. Über 200'000 CHF bis 300'000: CHF 28 je CHF 100. Über 300'000 CHF: CHF 29 je CHF 100.~~

² Die einfache Steuer auf dem steuerbaren Einkommen wird für in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebende Ehegatten sowie für Alleinstehende, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten, nach folgendem Tarif (Tarif B) berechnet:

Von CHF 100 bis CHF 400'000: CHF 22.25 je CHF 100. ~~Über CHF 400'000: CHF 26 je CHF 100. Über 400'000 CHF bis 600'000: CHF 28 je CHF 100. Über 600'000 CHF: CHF 29 je CHF 100.~~

³ Für die Berechnung der Steuer nach diesen Tarifen werden die Frankenbeträge des steuerbaren Einkommens auf die nächsten 100 Franken abgerundet.“

Mit Beschlüssen vom 15. März 2017 nahm der Grosse Rat am Text der Initiative einige redaktionelle Änderungen vor, fügte ihr eine Übergangsbestimmung bei und erklärte sie für rechtlich zulässig. Gestützt auf § 18 Abs. 3 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum (IRG) überwies der Grosse Rat die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten.

Die Initiative will die Einkommenssteuer für sog. „Topverdiener“ anheben. Das soll mit einer Erhöhung der Grenzsteuersätze für die Steuerpflichtigen, auf die die zweite Tarifstufe anwendbar ist, geschehen. Zudem soll die bisherige zweite Tarifstufe neu in zwei Tarifstufen aufgeteilt werden:

Tarifstufe	Steuerbares Einkommen Tarif A Alleinstehende in Fr.	Steuerbares Einkommen Tarif B Verheiratete in Fr.	Grenzsteuersatz gemäss Initiative	Grenzsteuersatz heute
1	bis 200'000	bis 400'000	22.25%	22.25%
2	200'100-300'000	400'100-600'000	28.00%	26.00%
3	300'100 u.m.	600'100 u.m.	29.00%	

Die Tarifgestaltung soll ansonsten unverändert bleiben und auch an den Steuerfreibeträgen (Sozialabzüge) soll nichts geändert werden. Da die höheren Grenzsteuersätze ab der zweiten Tarifstufe nur sehr wenige Steuerfälle betrifft, bleibt die Einkommenssteuer faktisch eine proportionale Steuer (Flat Rate).

2. Verlängerung der Abstimmungsfrist sowie nochmalige Verlängerung der Frist zur Berichterstattung zur Initiative

Eine Erhöhung der Steuersätze für einen (kleinen) Teil der Steuerpflichtigen, wie das die Topverdiener-Initiative verlangt, sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Kontext mit anderen zentralen Aspekten der Besteuerung wie die Steuergerechtigkeit, die Steuerbelastung, den Steuerwettbewerb oder den Steuerbedarf des Kantons gesehen und im Rahmen einer Gesamtbeurteilung diskutiert werden. Die angemessene Besteuerung der oberen Einkommen überschneidet

sich mit Fragen, die - wie die Dividendenbesteuerung und die Erhöhung der Steuerabzüge - Gegenstand der anstehenden kantonalen Steuergesetzrevision zur Umsetzung der sog. Steuervorlage 17 des Bundes betreffend die Besteuerung der Unternehmen sein werden. Daher möchte der Regierungsrat zur Topverdiener-Initiative noch nicht Stellung nehmen, sondern dies erst im Zusammenhang mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 tun. Mit ihr wird der Regierungsrat umfassende Vorschläge für eine Lösung präsentieren, die den verschiedenen Aspekten der Besteuerung ausgewogen Rechnung trägt und die verschiedenen Interessen unter einen Hut bringt. Dazu gehört auch die Frage nach dem richtigen Steuermass bei der Einkommensbesteuerung. Aus diesem Grund sollte die Frist für die Berichterstattung zur Topverdiener-Initiative mit der Berichterstattung zur kantonalen Steuerrevision zur Umsetzung der Steuervorlage 17 koordiniert werden.

Die Neuregelung der Steuersätze der Einkommenssteuer ist übrigens auch ein Anliegen, das nicht nur Gegenstand der Topverdiener-Initiative, sondern auch der Motion Werthemann betreffend Steuersenkung zu Gunsten des Mittelstandes ist. Diese Motion verlangt eine Herabsetzung des Steuersatzes der ersten Tarifstufe um mindestens einen Prozentpunkt. Auch mit diesem Vorschlag wird sich die kantonale Steuerrevision zur Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes auseinandersetzen.

Mit Schreiben vom 6. September 2017 erstattete der Regierungsrat dem Grossen Rat einen ersten kurzen Bericht und beantragte für die einlässliche Berichterstattung eine Verlängerung der Frist um sechs Monate mit dem Ziel, die Topverdiener-Initiative zusammen mit der Berichterstattung zur kantonalen Steuergesetzrevision zur Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes zu behandeln.

Mit Präsidialbeschluss vom 18. Oktober 2017 folgte der Grossen Rat dem Antrag des Regierungsrates und verlängerte die Frist zur Berichterstattung um sechs Monate, bis zum 29. März 2018.

Gemäss § 24 Abs. 1 IRG sind formulierte Initiativen den Stimmberchtigten innert 18 Monaten, vom Datum der Rechtskraft der Verfügung über das Zustandekommen an gerechnet, zur Abstimmung vorzulegen. Diese Frist wird vorliegend am 22. April 2018 ablaufen. Dies macht ein Vorgehen gemäss § 24a Abs. 4 IRG erforderlich. Gemäss § 24a Abs. 4 IRG kann der Grossen Rat mit Zustimmung des Initiativkomitees eine Verlängerung der Fristen zur Durchführung der Volksabstimmung anordnen. Das Initiativkomitee hat in die Fristverlängerung bis zum 22. Oktober 2019 eingewilligt. Dementsprechend wird dem Grossen Rat beantragt, eine Verlängerung der Abstimmungsfrist bis zum 22. Oktober 2019 anzuordnen.

Da die Berichterstattung zur kantonalen Steuergesetzrevision zur Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes noch nicht abgeschlossen ist, wird beantragt, die Frist für die Berichterstattung zur Volksinitiative um weitere sechs Monate zu verlängern.

3. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat:

- ://: 1. Die Abstimmungsfrist der Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel» wird bis zum 22. Oktober 2019 verlängert.
2. Die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrats an den Grossen Rat zur formulierten Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel» wird um weitere sechs Monate verlängert.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

E. Ackermann

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

B. Schüpbach-Guggenbühl

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin